

***Wem gehört der öffentliche Raum? Gratwanderung
zwischen Schutz der Sicherheit und Freiheit der Nutzung***

Brigitte Gans

Aus: Erich Marks & Wiebke Steffen (Hrsg.):
Prävention und Freiheit. Zur Notwendigkeit eines Ethik-Diskurses
Ausgewählte Beiträge des 21. Deutschen Präventionstages
6. und 7. Juni 2016 in Magdeburg
Forum Verlag Godesberg GmbH 2017, Seite 333-340

978-3-942865-71-5 (Printausgabe)
978-3-942865-72-2 (eBook)

Wem gehört der öffentliche Raum?

Gratwanderung zwischen Schutz der Sicherheit und Freiheit der Nutzung

Der öffentliche Raum in München ist hart umkämpft. Die Stadt wird dichter, das Stadtleben/Freizeitverhalten mediterranisiert sich, immer mehr Gruppen beanspruchen den öffentlichen Raum für sich. Daneben gab es immer schon Gruppen, die auf den öffentlichen Raum angewiesen sind, weil der Aufenthalt dort die Teilnahme am öffentlichen Leben ermöglicht und gleichzeitig hinreichend Schutz durch Anonymität bietet: Die sog. Randgruppen. Dazu gehören Wohnungsflüchter, die regelmäßig ihren „Stammplatz“ aufsuchen, Obdachlose, aber auch Jugendgruppen wie Punks. Seit verganginem Jahr vermehrt auch Flüchtlinge, die im öffentlichen Raum beispielsweise das frei zugängliche Internet nutzen.

Andere Menschen fühlen sich durch diesen Aufenthalt – vor allem wenn das Verhalten nicht den gesellschaftlichen Normen entspricht – oft gestört, irritiert. Die Polizei wird gerufen, weil sie das höchste Ansehen genießt in Sicherheitsfragen und rund um die Uhr zur Verfügung steht. Allerdings hat die Polizei bei Störungen, die „nur“ im Bereich von Alltagsirritation liegt, Schwierigkeiten einzugreifen. Ihre Konfliktlösungsstrategien sind an das Legalitätsprinzip¹ gebunden und bieten deshalb wenig kreativen Spielraum zur Bearbeitung sozialer Konflikte. Die Aufgabe der Zukunft ist es, Konflikte, die nicht die objektive Sicherheit bedrohen, sondern subjektive Irritationen darstellen, als „Prozesse der Kommunikation und der Selbstkontrolle eines Gemeinwesens“² zu lösen.

Aus diesem Grund hat München 2014 per Stadtratsbeschluss die Stelle AKIM – Allparteiliches Konfliktmanagement in München – geschaffen.

Als **Aufgaben** von AKIM wurden im Stadtrat beschlossen:

1. Es gibt eine zentrale Anlaufstelle für Beschwerden und Konflikte im öffentlichen Raum.
2. AKIM soll mit rein kommunikativen Mitteln und allparteilich arbeiten.

¹ Steffen, Wiebke (1990): Polizeiliches Alltagshandeln: Konfliktverarbeitung statt Verbrechensbekämpfung? In: Thomas Feltes (Hrsg.): Polizei und Bevölkerung. Holzkirchen, S. 32-37.

² Wurtzbacher, Jens (2003): Sicherheit als gemeinschaftliches Gut - Bürgerschaftliches Engagement für öffentliche Sicherheit. In: Leviathan - Zeitschrift für Sozialwissenschaft, 31. Jg., Heft 1.

3. Ziel ist das Wohlfühlen, das gute Miteinander aller Nutzergruppen im öffentlichen Raum.

Im Folgenden werden diese einzelnen Aufgaben erläutert und bebildert.

Zu 1) Zentrale Anlaufstelle für Konflikte im öffentlichen Raum

AKIM ist in der Reihe der städtischen Dienststellen, die sich mit dem öffentlichen Raum beschäftigen, eine wichtige Ergänzung für Konflikte, die nicht sicherheits- oder ordnungsrelevant sind. Bisher ist das Problem, dass sich die Beschwerdeführer – meist Anwohnerinnen und Anwohner - mit vielen Stellen auseinandersetzen müssen, um ihr Anliegen zu platzieren und Informationen zu erhalten - in München frei nach Karl Valentin als der „Buchbinder-Wanninger-Effekt“ bezeichnet. AKIM ist – zumindest in Bezug auf Konflikte, die nicht eindeutig in der Zuständigkeit einer anderen Dienststelle liegen, bzw. vielschichtig und diffus sind – ein eindeutiger und verlässlicher Ansprechpartner. AKIM nimmt die Beschwerde oder Konfliktmeldung entgegen und koordiniert die Zuständigkeiten. Dies erleichtert nicht nur den Beschwerdeführenden, sondern auch den anderen Dienststellen die Arbeit. Oft tritt eine einzige Bürgerbeschwerde eine ganze Lawine von Arbeitsaufwand bei verschiedenen Ämtern los. AKIM nimmt schnell und persönlich Kontakt auf, um dies zu verhindern.

Zu 2) Allparteilich und rein kommunikativ

Allparteilichkeit ist ein Begriff aus der Mediation. Allparteilichkeit heißt, dass der Vermittler sich nicht teilnahmslos-neutral verhält, sondern aktiv Partei ergreift für alle Beteiligten. Aufgabe von AKIM ist es, die Perspektiven und Interessen aller Nutzergruppen und Akteure zu verstehen und sich dafür einzusetzen, dass JedeR seine Bedürfnisse artikulieren kann.

Dazu braucht es kein uniformiertes Auftreten und keinen Strafzettelblock. Es geht darum, mit den Menschen zu reden, ihre Perspektiven zu verstehen und sie zu unterstützen, Lösungen auszuhandeln. Dies ist nur dann erfolgreich, wenn ein Dialog auf Augenhöhe stattfindet.

Zu 3) Ziel: Wohlfühlen und gutes Miteinander aller im öffentlichen Raum

Wichtig zum Verständnis von AKIM ist es, dass keine Gruppe aus dem öffentlichen Raum vertrieben, sondern ein „Wohlfühlen aller“ ermöglicht werden soll. Dies ist für die Beschwerdeführenden nicht immer befriedigend, wenn beispielsweise die Wohnungsflüchter vor ihrer Haustüre nicht entfernt werden. Es geht um eine Aushandlung von Anpassungsprozessen bei den „Störenden“ sowie einen Perspektivenwechsel bei den Beschwerdeführenden. So kann beispielsweise mit den Wohnungsflüchtlern vereinbart werden, dass sie mehr Platzverantwortung übernehmen oder ihren Standort verändern, so dass weniger Störungen auftreten. Die Beschwerdeführer erhalten durch die Nachfragen des AKIM-Teams die Möglichkeit zu überprüfen, wie unerträglich die Situation für sie tatsächlich ist, in dem sie beispielsweise gestörte und störungsfreie Zeiten protokollieren.

Beide Nutzergruppen sollen „urbane Kompetenz“ entwickeln, indem sie aktiv werden und das Gefühl erhalten, selbst etwas bewirken zu können.

Häufige Projektfelder sind: Konflikte rund um das nächtliche Feiern im öffentlichen Raum, mit Jugendlichen in Grünanlagen und auf Spielplätzen nachts, mit Wohnungsflüchtlern an ihren „Stammplätzen“ draußen, rund um sowie in Flüchtlingsunterkünften.

Kritische Fragen

Dabei sind folgende kritische Fragen zu klären:

1. Was lässt sich im öffentlichen Raum überhaupt mit kommunikativen Mitteln erreichen?
2. Wer bestimmt, was verhältnismäßig ist; was toleriert werden muss und wo eine Anpassung zu erfolgen hat?
3. Wie lässt sich Allparteilichkeit herstellen, wenn die Handlungsaufträge immer von der „stärkeren“ Seite kommen?

Zu 1) Was lässt sich überhaupt erreichen mit kommunikativen Mitteln?

Erfolg durch Augenhöhe

AKIM hat keine Sanktionsmöglichkeiten für störendes Verhalten. Wir appellieren an den mündigen Bürger, der sein Verhalten selbst regulieren kann. Wir stören ihn in seinem störenden Verhalten und geben ihm ein Stück der verloren gegangenen Selbstwahrnehmung zurück. Dies kann nur funktionieren, wenn wir ihm auf Augenhöhe begegnen, Wirkungen aufzeigen, ohne zu werten oder zu verurteilen. Auf Wertungen, Verbote, Rügen reagieren Menschen meist sehr empfindlich und gehen dann oft in (kindlichen) Widerstand. So kennen die Feiernenden am Gärtnerplatz sehr genau ihre Rechte, wissen, dass sie sich dort aufhalten dürfen – nur eine freundliche, nicht-wertende Ansprache ist erfolgreich.

Projektbeispiel Gärtnerplatz:

Die Konflikte um das nächtliche Feiern am Münchner Gärtnerplatz waren Anlass für die Einrichtung von AKIM, da dort die Grenzen eines polizeilichen oder ordnungsrechtlichen Einsatzes deutlich aufgezeigt sind. Auf dem Platz treffen sich an warmen Sommernächten unabhängig von gastronomischen Angeboten bis zu 1.000 Feiernende. Sie picknicken, ratschen, hören Musik. Gegen diese Form von verhaltensbezogenem Lärm, der aufgrund der schieren Menge der feiernenden Individuen entsteht, besteht kaum eine Handhabe mit dem üblichen städtischen Instrumentarium.

AKIM ist mit Teams von je zwei Konfliktmanagerinnen und -managern, erkennbar an roten Westen mit städtischem Logo, am Platz präsent an Freitag- und Samstagabenden sowie den Abenden vor einem Feiertag. Sie begleiten

die Feiernden von 23 bis 4 Uhr morgens. Die Feiernden werden sensibilisiert dafür, dass sie in einem Wohngebiet feiern und zu späterer Stunde auch auf das Ruhebedürfnis der Anwohnenden hingewiesen. Nachdem viele Feiernde den ganzen Abend am Platz verbringen, gelingt meist ein Kontakt- und Vertrauensaufbau. Die Rückmeldungen der Anwohnenden, Feiernden und anderen Akteure zeigt, dass AKIM hilft, die Lärmspitzen zu kappen, das Verhalten der Feiernden zu beeinflussen und Vertrauen für die Anwohnenden zu schaffen, dass sie mit ihrem Problem nicht alleine gelassen werden.

Chance auf Perspektivenwechsel

Schwieriger ist oft der Umgang mit den Beschwerdeführenden, die darauf beharren, dass nur „die anderen“ das Problem sind. Dabei kann ein Beschwerdeführer die gesamte Verwaltung beschäftigen und „lahm legen“. Wir haben gute Erfahrung damit gemacht, schnell und direkt Kontakt aufzunehmen, zum Gespräch persönlich vorbei zu kommen, anstatt lange Stellungnahmen zu verfassen. In den Gesprächen geht es darum, aufmerksam zuzuhören, die Interessen zu erfassen und gegebenenfalls zu versuchen, die Perspektive zu beeinflussen.

Perspektivenwechsel Nr. 1: Oft vergibt AKIM an die Beschwerdeführer Aufgaben, z.B. zu protokollieren, wann genau, wie genau ein störendes Verhalten auftritt. Wir wollen, dass sie überprüfen, wie schlimm das Problem tatsächlich ist und wieviel Aufwand sie selbst betreiben wollen, um die Lösung anzugehen. 50 % der Anfragenden melden sich daraufhin nicht wieder. Unsere These ist, dass das Problem durch das genaue Hinschauen weniger relevant erscheint. Im persönlichen Gespräch fragen wir: Wann genau ist das Problem das erste Mal aufgetreten? Woran würden Sie erkennen, dass es besser wird? Wann ist es in letzter Zeit einmal besser geworden? usw.

Perspektivenwechsel 2: Durch das Gespräch mit der städtischen Stelle AKIM entsteht Wertschätzung und Respekt der Kommune gegenüber den Menschen, mit denen wir sprechen. Sie haben weniger das Gefühl, ohnmächtig zu sein. Durch ihr Ansprechen von AKIM haben sie aktiv zur Verbesserung beigetragen und wissen, dass sie mit dem Problem nicht alleine sind. Auch dies bewirkt, dass sich die Perspektive auf das Problem verändert.

Schwieriger als ein Perspektivenwechsel ist es, tatsächlich Lösungen im öffentlichen Raum erarbeiten zu wollen. Meist handelt es sich um Ressourcenkonflikte, die win-win-Lösungen ausschließen (beispielsweise *gleichzeitig* feiern und schlafen). Zugang zu den Ressourcen haben zudem meist nicht die Bürger, Interessenvertreter, sondern Behörden, Privateigentümer. Am wirkungsvollsten ist AKIM hier in der Moderation/ Prozessleitung von Runden Tischen, an denen die Interessen zusammen mit den Behörden bearbeitet werden und Spielräume für Lösungen gesucht werden. Auch hier geht es im Wesentlichen darum, urbane Kompetenz (= Selbstwirksamkeit im öffentlichen Raum) zu vermitteln.

Projektbeispiel Müllerstraße:

Der Bereich der Müllerstraße hat sich in den vergangenen Jahren stetig zur „Feiermeile“ entwickelt. Im Innenstadtrandgebiet gelegen hat das Viertel einen hohen Wohnanteil. Entsprechend kommt es zum Konflikt zwischen den Bedürfnissen von Feiernden und Gastronomie auf der einen und Anwohnenden auf der anderen Seite.

AKIM begann seine Tätigkeit mit der Erstellung einer Konfliktanalyse. Und einer Situationsbeschreibung aufgrund von vor-Ort-Begehungen, auch nachts. Diese Analyse wurde zunächst den Gastronomen im Gebiet vorgestellt und ein Konsens über den Handlungsbedarf erzielt. Die Müllerstraßen-Wirte verständigten sich darauf, dass die Verbesserung der Lebensqualität der Anwohner auch ihre Geschäftsgrundlage stärkt und dass es sich lohnt, dafür Anstrengungen zu unternehmen. Es entstand eine umfangreiche Selbstverpflichtung der Wirte, das in ihrem Bereich Mögliche zu tun, um Lärm und Müll zu begrenzen sowie die Kommunikation mit den AnwohnerInnen zu verbessern. An einem weiteren Runden Tisch mit AnwohnerInnen, Wirten, Bezirksausschüssen und Behörden entstand ein „Aktionsplan“ für die Müllerstraße. Im Anschluss wurden beispielsweise Türsteher mit erweiterten Aufgaben als „Silencer“ für das Umfeld der Kneipen eingesetzt. Eine Liste mit Kontaktnummern bei nächtlichem Lärm wurde den Anwohnern zur Verfügung gestellt. Auch AKIM erklärte sich bereit, zwei Monate den nächtlichen Einsatz von AKIM-Präsenzkraften zu testen.

Wesentliche Aufgabe des Konfliktmanagements durch AKIM bestand allerdings darin, die Beteiligten in der Umsetzung engmaschig zu begleiten, zu ermutigen und „den Ball im Rollen zu halten“.

Zu 2) Wer bestimmt, was verhältnismäßig ist; was toleriert werden muss und wo eine Anpassung zu erfolgen hat?

AKIM wird grundsätzlich bei jedem Konflikt aktiv, d.h. es findet ein erstes Gespräch und eine Konfliktanalyse statt. Wenn aber über das Gespräch mit Beschwerdeführer und dessen Zielgruppe hinaus in eine aktive Lösungssuche eingestiegen werden soll, ist abzuprüfen, welcher Aufwand in die Lösungssuche investiert werden kann. Wir bewegen uns im öffentlichen Raum, für den auch eine öffentliche Verantwortung besteht. Wann werden also auch öffentliche Stellen, inklusive AKIM genutzt, um auf das Problem eines Beschwerdeführers einzugehen?

Dies ist eine heikle Frage, einmal hinsichtlich unserer Allparteilichkeit (jedes Interesse ist wichtig), aber auch hinsichtlich des politischen Drucks, der entstehen kann, und dem wir uns, selbst Teil der Verwaltung, kaum entziehen können.

Wir versuchen, diese Abschätzung der Verhältnismäßigkeit zu systematisieren. Wir nutzen einen Konfliktanalyse-Leitfaden, der zunächst den Eskalationsgrad, die Reichweite und die Zuständigkeit für den Konflikt bestimmt.

Die weitere Differenzierung erfolgt je nach Problemlage und Zielgruppe. Bei Konfliktmeldungen zu Wohnungsflüchtlern an ihren „Stammplätzen“ fragen wir beispielsweise weiter: Was ist ortstypisch? Wieviel Prozent des Platzes sind tatsächlich okkupiert und damit der Nutzung durch andere Gruppen entzogen? Handelt es sich um eine physische oder eine ästhetische Beeinträchtigung (was passiert tatsächlich)? Hat es schon eigene Versuche der Kontaktaufnahme gegeben?

Daraufhin erstellt AKIM eine eigene Einschätzung, ob Interventionen gerechtfertigt sind oder ob der Platz keine Betreuung braucht, weil das Problem als verhältnismäßig eingeschätzt wird.

Projektbeispiel Bordeauxplatz:

Im Sommer 2016 wurde ein beschaulicher Platz in Nähe des Münchner Ostbahnhofs – der Bordeauxplatz – über Nacht zum Austragungsort des Pokémon Go-Spielens. 40 bis 240 Menschen fanden sich plötzlich am Platz, ausgerüstet mit Campingmöbeln und Sitzsäcken, 80 Prozent davon mit ihrem Smartphone beschäftigt. Für die Anwohnerinnen und Anwohner stellte dies eine massive Veränderung ihrer beschaulichen Wohnsituation dar, AKIM wurde gerufen. Nach vielen nächtlichen Sondierungen mit Gesprächen am Platz stellte AKIM fest, dass der von den Pokémon Go-Spielern ausgehende Lärm angesichts der anderen Lärmquellen (Verkehr, Wasserfontäne) und der Anzahl der Nutzerinnen und Nutzer als verhältnismäßig zu bewerten ist. Es wurde unterstrichen, dass größere Müllkapazitäten schnell geschaffen werden.

Grundsätzliches Ziel ist es, direkten Kontakt zwischen Beschwerdeführenden und ihrer Problem-Zielgruppe herzustellen, damit Selbsthilfe und Nachhaltigkeit unterstützt werden. Manchmal ist dies aber auch eine Überforderung.

3) Wie lässt sich Allparteilichkeit herstellen, wenn die Handlungsaufträge immer von der „stärkeren“ Seite kommen?

Unsere Aufträge kommen meist von der Lokalpolitik oder Bürgerinnen und Bürgern, die mit dem politischen System vertraut sind und dieses zu nutzen wissen. Noch nie haben sich Wohnungsflüchter über andere Parknutzer beschwert oder Jugendliche über Anwohner. Meist gibt es Störer und Gestörte. Mit den Störern wird gearbeitet. Die Gestörten erwarten, dass die Kommune den Konflikt für sie löst. Dies ist schwierig für AKIM aufgrund unseres Anspruchs der Allparteilichkeit. Am nächtlichen Gärtnerplatz weisen wir zwar die Störenden auf ihr Verhalten hin, da die eigentlich betroffenen Anwohnerinnen und Anwohner nachts nicht selbst am Platz auftauchen.

Wir alarmieren aber nicht selbsttätig die Polizei, außer es besteht Gefahr für Leib und Leben. Diese Verantwortung müssen die Anwohnenden selbst übernehmen. Wir bringen die Anliegen der Anwohnenden ein, ohne uns mit ihnen zu identifizieren. Und wir stehen auch den Feiernden als Ansprechpartner für Hilfestellungen zur Verfügung (Pflaster, Notruf alarmieren bei toxischer Betrunkenheit).

Und zuletzt entscheidet AKIM selbst, bei welchen Fällen wir aktiv werden und bei welchen wir einen Einsatz nicht für sinnvoll erachten.

Projektbeispiel Flüchtlingsunterkünfte:

München musste 2015 in kurzer Zeit eine große Menge von Flüchtlingen unterbringen. Dies erzeugte im Vorfeld zum Bau der Unterkünfte große Angst vor der Veränderung des Lebensumfeld der vorhandenen Anwohnerinnen und Anwohner. AKIM wurde eingeschaltet, beispielsweise um an ausgewählten, besonders konfliktreichen Standorten die Anwohner_innen ins direkte Gespräch über die neue Unterkunft zu kommen, Befürchtungen und Hinweise der Gesprächspartner_innen zu sammeln, um die Informationsveranstaltungen der Stadt München für die Anwohnerinnen vorzubereiten.

Es wurde klar, dass ein Dialog zwischen vermeintlich „Störenden“ und Gestörten kaum herzustellen ist. Deswegen bietet AKIM in den Unterkünften selbst ein Beteiligungsprojekt an, bei dem die Flüchtlinge angeregt werden, ihre Themen selbst anzugehen, Konfliktpunkte (die auch nach außen strahlen) zu bearbeiten und damit sich auch als Ansprechpartner gegenüber der Nachbarschaft zu emanzipieren.

Zusätzlich hat AKIM ein Konzept entwickelt und getestet, das im Format von Diskussionsrunden eine Orientierung für das Miteinander in Deutschland ermöglicht. Dies wird durch einen Piktogramm-Flyer (ohne Sprache) unterstützt. Auch dadurch sollen die Konflikte im Umfeld von Unterkünften reduziert werden.

Ausblick

Die friedliche gemeinsame Nutzung des öffentlichen Raums ist eine Zukunftsaufgabe der Kommunen angesichts von Entwicklungen wie Verdichtung, Gentrifizierung, Mediterranisierung der Freizeitgewohnheiten, Veränderung der gesellschaftlichen Zusammensetzung. Kommunen und staatliche Organisationen sind gefordert, für die objektive Sicherheit zu sorgen. Die Sorge um die subjektive Sicherheit um die Irritationen durch von der Norm abweichendes Verhalten darf nicht allein an Polizei, Ordnungsdienste, private Sicherheitsdienste und Überwachungstechnik delegiert werden. Es geht darum „Sicherheit in Freiheit“ zu gestalten³ und dies ist Aufgabe der Ge-

³ Glaeßner, Gert-Joachim (2009): Freiheit durch Sicherheit? In: Neue Gesellschaft Frankfurter Hefte.

sellschaft und ihrer Mitglieder, die wieder verstärkt in die Verantwortung genommen werden sollen, für ihr eigenes Wohlbefinden und das des Gemeinwesens zu sorgen. Die politischen Akteure, die Kommunen sind gefordert, ihre Steuerungsaufgaben zu übernehmen und Strukturen zu ermöglichen, die die Selbsthilfe unterstützen.

Dies erfordert einen ganzheitlichen Sensibilisierungsprozess, der sowohl die Bürger als auch Verwaltung, Politik umfasst und der nie abgeschlossen sein wird.

AKIM ist ein Beitrag dazu, die urbane Kompetenz der Bürgerinnen und Bürger in München zu stärken und neue Wege des Miteinanders anzuregen.

Inhalt

Vorwort	5
In memoriam Dr. Wiebke Steffen	7

I. Der 21. Deutsche Präventionstag im Überblick

<i>Deutscher Präventionstag und Veranstaltungspartner</i>	
Magdeburger Erklärung	15
<i>Erich Marks, Karla Marks</i>	
Zusammenfassende Gesamtdarstellung des 21. Deutschen Präventionstages	21
<i>Erich Marks</i>	
Zur Eröffnung des 21. Deutschen Präventionstages in Magdeburg	51
<i>Regina Ammicht Quinn mit Andreas Baur-Ahrens, Peter Bescherer, Friedrich Gabel, Jessica Heesen, Marco Krüger, Matthias Leese, Tobias Matzner</i>	
Gutachten für den 21. Deutschen Präventionstag: Prävention und Freiheit. Zur Notwendigkeit eines Ethik-Diskurses	57
<i>Rainer Strobl, Olaf Lobermeier</i>	
Evaluation des 21. Deutschen Präventionstages	185

II. Praxisbeispiele und Forschungsberichte

<i>Marc Coester, Hans-Jürgen Kerner, Jost Stellmacher, Christian Issmer</i>	
<i>Ulrich Wagner</i>	
Die Evaluation des Hessischen Jugendstrafvollzugs Hintergrund und Ergebnisse des Forschungsprojekts sowie Implikationen für die künftige Praxis und Forschung	229
<i>Arne Deißigacker, Gina Rosa Wollinger, Dirk Baier, Tillmann Bartsch</i>	
Phänomen Wohnungseinbruch. Ansätze zur Prävention auf Basis einer multiperspektivischen Studie	271
<i>Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH</i>	
„Sozialer Zusammenhalt und Integration“ Vorstellung von Methoden der Prävention und Konfliktbearbeitung in der Entwicklungszusammenarbeit als möglicher Beitrag zur Integration von Geflüchteten	285
<i>Brigitte Gans</i>	
Wem gehört der öffentliche Raum? Gratwanderung zwischen Schutz der Sicherheit und Freiheit der Nutzung	333
<i>Thomas Hestermann</i>	
Die Rückkehr der Dämonen: Wie die Medien über Gewaltkriminalität berichten	341

<i>Sally Hohnstein</i> Distanzierungsarbeit mit rechtsextrem orientierten Jugendlichen – Elemente gelingender Arbeit	357
<i>Sabrina Hoops</i> Dauerthema „Geschlossene Unterbringung“: Erziehung zur Freiheit durch Freiheitsentzug?	363
<i>Leo Keidel</i> „Nix Rechts!“ Ein interaktives Präventionsprojekt für Schulen zum Thema Rechtsextremismus	379
<i>Daniel Köhler, Belinda Hoffmann</i> Kompetenzzentrum zur Koordinierung des Präventionsnetzwerks gegen (islamistischen) Extremismus in Baden-Württemberg (KPEBW)	385
<i>Eva Kühne-Hörmann</i> Cybercrime – Strategien der Kriminalprävention	391
<i>Adelina Michalk</i> „Fairplay in der Liebe“ – Ein Präventionsprojekt aus der Opferperspektive zum Thema Beziehungsgewalt	397
<i>Harkmo Daniel Park, Cheonhyun Lee</i> Prävention und Freiheit im Spannungsfeld des Infektionsschutzes in Südkorea	399
<i>Isabell Plich, Bettina Doering</i> Konfliktprävention in Gemeinschaftsunterkünften für Geflüchtete	407
<i>Stefan Saß</i> Prozessorientierte Ausstiegsbegleitung – ein Praxisbericht	421
<i>Lara Schartau, Sylwia Buzas</i> Sicherheitsempfinden älterer Menschen im Wohnquartier – Die „Senioren- sicherheitskoordination“ als ein Modell sozialraumorientierter Prävention	429
<i>Lisa Schneider, Anne Kaplan, Stefanie Roos, Laura Schlachzig, Jan Tölle</i> Junge geflüchtete Menschen in Deutschland – Rahmenbedingungen, Herausforderungen und pädagogische Implikationen	449
<i>Tillmann Schulze</i> Welches und wie viel Licht braucht erfolgreiche Kriminalprävention?	481
<i>Daniel Wagner, Anabel Taefi, Thomas Görgen</i> Belastungserleben und Unterstützungsbedarf pflegender Angehöriger von Menschen mit Demenz	493
III Autoren	503